

Polarisierende Wahlen im Nachbarland

Appenzellerland Obschon nicht der eigene Präsident gewählt wird, lassen die Wahlen in Frankreich die Appenzellerinnen und Appenzeller nicht kalt. Viele sind besorgt um die Entwicklung der Europäischen Union.

Jonas Manser

jonas.manser@appenzellerzeitung.ch

Man spricht vom turbulentesten Wahlkampf in der Geschichte Frankreichs (Ausgabe vom 20. April). Seit letztem Herbst werden bisherige Kronfavoriten regelrecht aus den Reihen der Parteien geworfen. Das Land geplagt von rekordhoher Arbeitslosigkeit und Problemen in den Banlieues, welche die Politiker anscheinend nicht in der Lage waren zu lösen. Das ganze Land schreit nach einer Erneuerung, doch welche Kandidatin oder welcher Kandidat wird den Forderungen gerecht werden können? Die Kandidaten verlieren an Glaubwürdigkeit, die Wähler sind sich nicht mehr sicher, wen sie an diesem Wochenende im ersten Wahlgang wählen sollten. Alle Kandidaten argumentieren in Extremen und sind in private oder berufliche Skandale verwickelt.

Dass in Frankreich die Präsidentschaftswahl für Aufregung sorgt, ist selbstverständlich. Aber auch Appenzellerinnen und Appenzeller sind beunruhigt, wenn sie Nachrichten aus dem Nachbarland mitbekommen. Wir fragten deshalb stellvertretend einige Appenzellerinnen und Appenzeller, wie sie die Präsidentschaftswahlen in Frankreich einschätzen. Dabei wird klar, man ist besorgt um die Zukunft der Europäischen Union, sollte Marine Le Pen schliesslich gewählt werden. Auch die anderen Kandidatinnen und Kandidaten schneiden in der Bewertung nicht besser ab. Kandidaten wie François Fillon fallen durch fragwürdige Aktionen in Ungunst oder sind wie Jean-Luc Mélenchon und Marine Le Pen schlichtweg «viel zu extrem» ausgerichtet.

Damit das Schlimmste nicht eintrifft, hoffen sie, dass weniger extreme Kandidaten sich durchsetzen werden. Denn seien es Bekannte, die eigene Muttersprache, der Beruf oder einfach nur das geliebte Feriendomizil: Das Schicksal von Frankreich liegt auch den Appenzellerinnen und Appenzellern am Herzen.



Die guten Umfrageergebnisse vor den Wahlen von Marine Le Pen können täuschen: Rund 50 Prozent der Franzosen sehen sie als Gefahr für die Demokratie.

Bild: Keystone

Umfrage

«Als Europäer sollte man sich Sorgen machen.»



Jürg Wernli
Alt Regierungsrat Herisau

Eine besondere Affinität zu Frankreich habe ich nicht. Trotzdem ist es allgemein wichtig, sich über politische Verhältnisse zu informieren. Niemand scheint so wirklich mit den diesjährigen Kandidaten zufrieden zu sein. Es findet eine Polarisierung statt, nicht nur in den Medien, sondern auch in der Politik, welche dies für ihre eigenen Zwecke ausnützt.



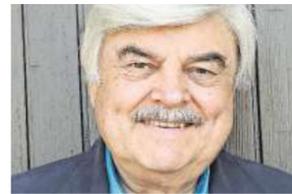
Brigitte Schmid
Akkordeonlehrerin

Ich bin im Waadtland, eine Stunde von der französischen Grenze, aufgewachsen. Mich verbindet nicht nur die Sprache, sondern auch mein Instrument der Wahl, das Akkordeon, mit Frankreich. Wenn ich mir die Kandidaten anschau, so bin ich um die Zukunft der EU besorgt. In der Schweiz würden vor allem Pendler nahe der Grenze negativ betroffen sein.



Yves Noël Balmer
Präsident SP AR

Frankreich ist mehr als nur ein Feriendomizil für mich. Ich bin beruflich wie auch privat mehrmals pro Jahr im Nachbarland unterwegs. Die Geschehnisse verfolge ich sehr genau und war sogar an einer Wahlveranstaltung von Jean-Luc Mélenchon. Ich finde jedoch, dass es keine glaubwürdigen Kandidaten mehr gibt. Als Europäer sollte man sich schon Sorgen machen.



Werner Meier
Gemeindepräsident Lutzenberg

Ich besuche oft Bekannte von früher aus der Hochschule oder von meiner Arbeit in Frankreich. Ich verfolge die Geschehnisse im Land. Was in Frankreich abläuft kann man nur noch als «reines Cabaret» bezeichnen. Ungeachtet der Ergebnisse bin ich nicht beunruhigt, aber die einseitige Richtung, die die Politiker einschlagen ist ein wenig bedenklich.



Annegret Wigger
Kantonsrätin Heiden

Das Geschehen in Frankreich beschäftigt mich persönlich wie auch beruflich sehr. Die momentane Situation ist jedoch schwierig einzuschätzen. Die hohe Arbeitslosigkeit und ein ökonomisch geschwächtes Land treibt die Wähler in die Arme des Front National. Ich hoffe, dass das Stimmvolk schliesslich nicht ein Risiko eingeht und den Front National wählt.

Knappes Ja der FDP AR zum Energiegesetz

Parolenfassung Die Delegiertenversammlung der Ausserrhoder Freisinnigen spricht sich für die Energiestrategie 2050 aus. Allerdings ist die Vorlage umstritten. Marcel Walker gehört künftig der Parteileitung an.

Das revidierte Energiegesetz spaltet die FDP Appenzell Ausserrhoden – wie schon zuvor die Mutterpartei. Die Vorlage kommt am 21. Mai zur Abstimmung. Nach einigen Diskussionen fasste die ordentliche Delegiertenversammlung am Donnerstagabend im Hotel Krone in Gais die Ja-Parole. Allerdings fiel das Resultat mit 27 Ja- und 23 Neinstimmen bei zwei Enthaltungen äusserst knapp aus. Eine Mehrheit folgte damit den Argumenten von Kurt Frei. Der Co-Präsident des Komitees «Schweizer Wirtschaft für die Energiestrategie 2050» hob die Vorteile hervor. Um die angestrebte Energiewende zu schaffen brauche es Fördermassnahmen, sagte Frei. Die erneuerbaren

Energien müssten ausgebaut werden. «Dadurch bleibt die Wertschöpfung im Inland», betonte Frei. Gegen das Energiegesetz referierte Dino Duelli vom Komitee «Pro Landschaft AR/AI». Die Vorlage sei ein ordnungspolitischer Sündenfall, mit der Planwirtschaft eingeführt werde, warnte Duelli. Er kritisierte insbesondere die marktverzerrenden Subventionen und die Bürokratie. Abgesehen davon würden die demokratischen Mitbestimmungsrechte beim Bau von Energieanlagen ausgehebelt, sagte Duelli.

Bei den anwesenden FDP-Delegierten waren die Meinungen geteilt. Früher oder später müsse der Atomstrom ersetzt werden, sagte ein Delegierter. Es



Marcel Walker arbeitet neu in der FDP-Parteileitung mit.

Bild: CAL

brauche daher Mut, neue Wege zu gehen. Eine andere Position vertrat der Ausserrhoder Ständerat Andrea Caroni. Seiner Ansicht nach enthalte der vorliegende Gesetzesentwurf zu viele Regulierungen und Subventionen. Caroni bezweifelt, dass die kostendeckende Einspeisevergütung wie versprochen 2022 abgeschafft wird.

Kessler soll Fraktionspräsident werden

Nach der Parolenfassung standen die ordentlichen Traktanden auf dem Programm. Auf die Delegiertenversammlung hin hatten Sonja Müller und Vizepräsident Markus Brönnimann ihren Rücktritt aus der Parteileitung eingereicht. Zudem verabschiedete

Parteipräsidentin Monika Bodenmann-Odermatt die FDP-Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl, die Ende Mai ihr Amt abgibt. Neu in die Parteileitung gewählt wurde Marcel Walker aus Stein. Ein Sitz wird nicht mehr besetzt.

Innerhalb der Partei gibt es noch weitere personelle Rochaden. So hat Geschäftsführerin Monika Gessler aus beruflichen Gründen per Ende Juni gekündigt. Ein Wechsel ist auch an der Spitze der FDP-Kantonsratsfraktion geplant. Patrick Kessler aus Teufen soll als Fraktionspräsident die Herisauer Kantonsrätin Annette Joos-Baumberger ablösen.

Jesko Calderara
jesko.calderara@appenzellerzeitung.ch